

Syrizas Wahlsieg – Hoffnung und Irritation der europäischen Linken

Von Elmar Altvater

Die Austerität der Troika wurde am 25. Januar abgewählt. Das Diktat von IWF, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission kann sich auf keine parlamentarische Mehrheit in Griechenland stützen. Die europäischen Institutionen und Politiker aus anderen europäischen Ländern setzen aber den Druck der Gläubiger auf Griechenland fort. Pacta sunt servanda heißt es, und: Zur Sparpolitik gibt es keine Alternative. Dabei ist das Signal der griechischen Wahlen eindeutig: Margret Thatchers TINA-Wort „There is no Alternative“ ist bullshit. Es gibt Lösungen für die Krise, in der sich nicht nur Griechenland sondern auch die anderen europäischen Gesellschaften befinden.

Das wird sich in den anstehenden Wahlen in Portugal und Spanien wohl ebenfalls zeigen. Dann bläst den postpolitischen, marktgängigen und antisozialen Regierungen der Wind eines neuen Aufbruchs entgegen. Die neuen Bewegungen wie Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien finden in anderen Ländern Nachahmer.

Die Herren Europas (männlichen und weiblichen Geschlechts) ziehen alle Register, um ihre Reformen zu retten. Tatsächlich nennen sie in ihren Medien und politischen Verlautbarungen ohne jede Scham die Austerität-Pakete, mit denen sie die Menschen drangsalieren, Reformen. Sie klauen der Linken einen Begriff. Sie preisen die Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Streichungen bei Renten und Pensionen als Reformen. Deren Erfolg werde sich noch beweisen, wenn man sie nur so weitermachen ließe wie bisher. Das war das falsche Versprechen von Samaras. Aber solch einen Mist glaubt inzwischen niemand mehr.

Das neoliberale Politikprojekt hat abgewirtschaftet. Doch Lösungen für das Schlamassel, in dem einzelne Länder wie Griechenland besonders tief drinstecken, können nicht an der Wahlurne gefunden werden. Dort ist überwältigend für den Wechsel votiert worden, die Türkinke ist niedergedrückt. Nun muss das Tor geöffnet werden, für neue Konzepte, neue politische Kräfte, neue Gesichter.

Das ist die Hoffnung, die der Sieg von Syriza den Grünen und Sozialdemokraten, den Sozialisten und Kommunisten in anderen europäischen Ländern bringt. Die Freude ist gedämpft infolge der Irritationen, die die Bildung der Koalition mit Anel auslöst. Ohne Kompromisse geht es bei einer Koalitionsbildung nie. Und mit der Wahl endet nicht eine Geschichte, sondern eine neue beginnt. Diese ist nach mehr als einem halben Jahrhundert europäischer Integration nicht nur griechische Geschichte, sondern europäische.

Eine Verschuldung von 317 Milliarden Euro ist für ein Land wie Griechenland untragbar. Das Land wieder „schuldendienstfähig“ machen zu wollen, hat die griechische Staatsschuld in den vergangenen noch nicht einmal fünf Jahren seit dem Memorandum von 113 auf 175% des BIP hochschnellen lassen, obwohl die Griechen das Gesundheitswesen, das Bildungssystem die Altersversorgung kaputt gespart und bei einer Jugendarbeitslosigkeit von 60% einer ganzen Generation die Perspektive geraubt haben.

Man kann es auch anders machen. An den Umgang mit den deutschen Staatsschulden und das Londoner Schuldenabkommen von 1953 ist in diesen Tagen häufig erinnert

worden. Damals wurde die Hälfte der deutschen Staatsschulden erlassen und die Rückzahlung des Rests bis zum Ende des 20. Jahrhunderts gestreckt. Deutschland hat niemals mehr als 5% der Exporterlöse für den Schuldendienst aufbringen müssen. 1953 waren die Gläubiger gnädig. Sie erinnerten sich an die schrecklichen Folgen der Reparationen, die an die Sieger des Ersten Weltkriegs zu zahlen waren. John M. Keynes hatte 1932 vor den Folgen der aufgezwungenen Austerität gewarnt, mit der die Sieger „the German Transfer Problem“ (so der Titel seines Aufsatzes im „Economic Journal“) zu lösen hofften. Tatsächlich waren die Sozialkürzungen, die Arbeits- und Perspektivlosigkeit in Deutschland mitverantwortlich dafür, dass die Nazis an die Macht gelangen konnten. Als sie diese ergriffen hatten, strukturierten die Gläubiger die Schulden um. Da war es allerdings zu spät.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte dieser Fehler nicht wiederholt werden. Deutschland wurde 1953 entschuldet. Das fiel umso leichter, als in den 1950er Jahren der Kalte Krieg in vollem Gange war und die Eindämmung des „Sowjetblocks“ und die Einordnung Deutschlands in den „freien Westen“ höchste Priorität besaßen. Und obendrein lief die Weltwirtschaft auf Hochtouren.

Die Streichung von Schulden und die Streckung des Schuldendienstes waren damals unverzichtbar und sie sind es auch heute. Damit dies im Konsens erfolgt, muss ein Insolvenzrecht für souveräne Schuldner her. Das wurde während der Schuldenkrise der „Dritten Welt“ in den 1980er Jahren gefordert, und erneut in der Asienkrise nach 1996. Als Argentinien um die Jahrtausendwende vor dem Staatsbankrott stand, hat sich sogar die Vize des IWF, Anne Krüger, für eine geregelte Insolvenz ausgesprochen. Erfolglos.

Warum? Die Schulden der einen sind die Geldvermögen der anderen – und umgekehrt. Wer Geldvermögen besitzt, gibt nicht gern freiwillig etwas ab. Die riesigen Vermögen in der Welt künden von einer wachsenden Ungleichheit in jedem Land und in der Welt insgesamt. Davon berichten Finanzberater, um an der Verwaltung der gigantischen Vermögen mitverdienen zu können. Seit der Publikation des Buches von Thomas Piketti über „das Kapital im 21. Jahrhundert“ ist die obszöne Ungleichheit erneut zum Thema in Wissenschaft und Politik geworden. Oxfam hat in die gleiche Kerbe gehauen: das reichste 1% der Weltbevölkerung verfügt über Vermögen und Vermögenseinkünfte so groß wie die der restlichen 99%.

Man könnte sich also erlauben, Schulden, wenn sie untragbar sind, zu streichen, wenn man gleichzeitig die großen Vermögen reduziert, durch eine Abgabe oder durch Steuern. International, aber vor allem auch im nationalen Rahmen. In Griechenland haben viele Reiche, wie in anderen Ländern auch, ihre der Steuer hinterzogenen Vermögen in der Schweiz (und anderswo) untergebracht. 280 Milliarden Euro sollen es sein. Transparenz und Aufklärung sind notwendig, und eine Umverteilung auch. Dafür macht sich die europäische Linke stark, und Griechenland ist da nach dem 25. Januar ein Prüfstein.

Das war im übrigen immer so in der Geschichte. Die Bibel berichtet von Jubeljahren, wenn nach sieben mal sieben Jahren die Schulden im Lande Israel gestrichen wurden und ein Neuanfang möglich wurde.

Zeit für Jubel auch in Solons Athen im Jahre 594 vor unserer Zeitrechnung. Die große Entlastung, die Seisachtheia, sollte in Athen den sozialen Frieden wiederherstellen, der durch die Verschuldung der einen und das Wachstum der Vermögen der anderen

gefährdet war. Solon war ein kluger Staatsmann, und er ergänzte die Ad-hoc-Maßnahme der Schuldenstreichung mit einer Verfassung für Athen. Das war ein neues, unter damaligen Bedingungen demokratisches Politikmodell. Es muss heute auf breiter nicht nur formeller, sondern substanzieller Partizipation in einer politisch demokratischen, sozial ausgerichteten, ökologisch verantwortlichen und wirtschaftlich effizienten Gesellschaft beruhen.

Das steht auch in Griechenland an und der neue Premier Alexis Tsipras weiß das. Die Schulden müssen in internationalem Schuldenaudit überprüft und die ungerechtfertigten Schulden („odious debt“) gestrichen werden. Das ist nicht teurer als die EZB-Offensive des „Quantitative Easing“, die seit dem 22. Januar 2015 läuft und mehr als eine Billion Euros in die Tresore der Finanzinstitute schwemmen soll. Aber Griechenland braucht mehr als einen kurzfristigen Geldregen. Ein neues politisches Projekt, nachdem das Tor zum griechischen Aufbruch innerhalb einer zu reformierenden EU am 25. Januar geöffnet worden ist.